

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

99/18

ZIMBABWE

Wahl mit
Schönheitsfehlern

SÜDAFRIKA

El Dorado
für Flüchtlinge?

NAMIBIA

Museen wollen
mehr Relevanz



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto.-Nr. 93.009.960, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC BAWAATWW.

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto,
Wanderausstellung Nelson Mandela
Mandela-Tag Juli 2019
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k.in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelle Projekte: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer); 100 Jahre afrikanische Präsenz in Wien (Vanessa Spanbauer, Simon Loidl).
Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie erhalten INDABA, weil Sie Mitglied bei SADOCC sind oder unsere Zeitschrift abonniert haben.

Im Einklang mit der seit 25. Mai geltenden EU-Datenschutzgrundverordnung haben wir Sie vor kurzem per E-Mail über unsere Datenschutzpolitik informiert und um Ihr Einverständnis ersucht, daß wir Ihnen die Ihnen aufgrund Ihrer Mitgliedschaft oder Ihres Abonnements zustehenden Informationen (wie z. B. das INDABA) weiterhin zusenden dürfen.

Sollten Sie kein derartiges E-Mail erhalten oder noch nicht geantwortet haben, ersuchen wir Sie, dies jetzt zu tun: Per E-Mail an office@sadocc.at mit dem Text „Ja bitte weiter zusenden“.

Sie erlauben uns damit, Ihren Namen, Ihre physische Adresse sowie Ihre E-Mail-Adresse für die Versendung von Informationen an Sie zu nutzen. Die Verarbeitung und Speicherung dieser Daten erfolgt im SADOCC-Büro unter speziellen Sicherheitsvorkehrungen. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit per E-Mail an office@sadocc.at widerrufen.

Ohne Ihre Einwilligung sind wir leider nicht mehr berechtigt, Ihnen weiterhin Informationen oder INDABA zu schicken.

Mit freundlichen Grüßen
Der SADOCC-Vorstand

	3	Wahlen in Zimbabwe Von wirklicher Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung ist das Land noch weit entfernt. Von Armin Rabitsch
Weniger Frauen im Parlament in Harare	4	
	13	Überreste der Ahnen Walter Sauer verfolgte die Abschlusseremonie der dritten Repatriierungsaktion aus der BRD nach Namibia
Neuer Terror in Moçambique	15	
	17	
Handelskrieg schlecht für Südliches Afrika	17	
	18	Südafrika: Zielland für Flüchtlinge Vermutlich leben allein in Südafrika mehr Flüchtlinge als in der EU insgesamt. Pretoria ist überfordert, meint Kerstin Lahr
	20	Museumskonferenz in Windhoek Sophie Schasiepen über Grundsatzdiskussionen im Heritage-Sektor des Südlichen Afrika
Afrika-Fotoausstellung in Baden	23	



Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien (1050 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Lwandile Bhengu, Bernhard Bouzek, Joe Hanlon, Kerstin Lahr, Adalbert Krims, Simon Loidl, Boniface Mabanza, Colleen Lowe Morna, Tania Napravnik, Armin Rabitsch, Walter Sauer, Sophie Schasiepen, Veronika Wittmann, Tapiwa Zvaraya. **Fotos:** Kerstin Lahr, Museums Association of Namibia/Moses Hamutenya, Richard Pobaschnig (www.pr-foto.eu), SADOCC, Walter Sauer (Titel), www. **Redaktions-schluß dieser Ausgabe:** 10. September 2018. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.

Enttäuschung statt Neubeginn

Die ersten Wahlen nach Mugabe brachten keine grundlegenden Veränderungen der Situation in Zimbabwe. Während des Wahlprozesses traten die strukturellen Probleme des Landes wieder einmal zutage. Armin Rabitsch hat die Abstimmung beobachtet.

Am 30. Juli 2018 waren mehr als 5,7 Millionen Zimbabweer aufgerufen, ihren Präsidenten, die Abgeordneten des Zwei-Kammern-Parlaments – Abgeordnetenhaus und Senat – sowie die Gemeinderäte zu wählen. Diese Wahl war die erste Zimbabwes, bei der Robert Mugabe nicht antrat. Morgan Tsvangirai, sein politischer Widersacher seit dem Jahr 2000 vom *Movement of Democratic Change (MDC)*, starb zudem nur fünf Monate vor der Wahl.

Die Wahlen in Zimbabwe endeten jedoch einmal mehr in einer großen Enttäuschung. Fotos und Videos von Soldaten, welche am zweiten Tag nach der Wahl auf davonlaufende Zivilisten in Harare schießen, werden lange nicht verblissen. Zumindest 6 Menschen wurden am 1. August in der Innenstadt Harares getötet. Verantwortung dafür hat bisher niemand übernommen. Es gab vor den Wahlen eine offenere politische Auseinandersetzung mit größerer Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Erstmals seit dem Jahr 2002 wurden auch internationale Wahlbeobachter von der Europäischen Union eingeladen und akkreditiert. Doch Zimbabwe und seine von der ZANU PF geführte Regierung haben diese Chance eines demokratischen Neuanfangs vor aller Welt vertan.

Die Wahlkommission gab am 3. August bekannt, daß Emmerson

Mnangagwa mit 50,8 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Mit 40.000 Stimmen weniger wäre eine Stichwahl gegen den MDC-Präsidenten Nelson Chamisa (44,3 Prozent) nötig gewesen. Im Abgeordnetenhaus des Parlaments hat ZANU PF eine exakte Zweidrittel-Mehrheit (180 von 270 Sitzen) erreicht, die für Verfassungsänderungen notwendig ist.

Nelson Chamisas MDC Alliance hatte zwar einen Wahleinspruch eingebracht, der am 24. August von den Höchststrichern des Verfassungsgerichtshofes entschieden wurde, aber es wurde bereits im Vorfeld von vielen die fehlende Unabhängigkeit der Justiz kritisiert. Das Desinteresse an der Wahrheitsfindung und die schwache Qualität der Begründung des abgelehnten Einspruchs zeigten den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und die Parteilichkeit der Höchststrichter auf. Einige der von Chamisa und seiner MDC Alliance aufgelisteten Mängel hätten einer eingehenderen Untersuchung und

möglichen Aufhebung der Wahl durch den Verfassungsgerichtshof bedurft. So gaben wesentlich mehr Wähler ihre Stimme in der Präsidentschaftswahl als in der Parlamentswahl ab. Es gab einige Wahlsprengel mit mehr als hundert Prozent Wahlbeteiligung,

und einige der von der Wahlkommission veröffentlichten Zahlen stimmten nicht überein. Chamisa bringt nun Beschwerde bei der *African Commission for Human and People's Rights (ACPR)* ein, die zur Afrikanischen Union (AU) gehört. Dieser wichtige Gang durch die Rechtsinstanzen wird



Vor einem Wahllokal in Harare

auch das Demokratieverständnis der AU und von dessen momentanem Vorsitzenden Präsident Paul Kagame von Rwanda testen. Die ursprünglich für 12. August geplante Angelobung von Emmerson Mnangagwa fand am 26. August statt. Mnangagwa hat bereits die zwei Vizepräsidenten im Amt bestätigt, aber noch kein neues Kabinett vorgestellt.

Die strukturellen Probleme Zimbabwes wurden während dieses Wahlprozesses einmal mehr offensichtlich und verhinderten eine demokratische Wahl:

1) Die zunehmende militärische Kontrolle des Staatsapparats und die

Massaker der Polizei

mit Wahlen verbundene politische Gewalt und Straflosigkeit.

2) Die mangelnde Trennung zwischen Staat und Regierungspartei ZANU PF sowie die wirtschaftliche Krise seit 1997 und die damit einhergehende Korruption.

3) Die mangelnde Medienvielfalt und Kontrolle der Medien durch den Staat/ZANU PF.

4) Die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und der Wahlkommission.

Bereits nach den Wahlen am 29. März 2008, welche von der Opposition und Morgan Tsvangirai gewonnen wurden, übernahmen die



Engagierter Wahlkampf der Opposition

Sicherheitskräfte als *Joint Operational Command* die Kontrolle über Teile des Staates. Es scheint, daß Robert Mugabe damals bereit war, die Niederlage einzugestehen und den Weg für einen Machtwechsel frei zu machen. Dies wurde jedoch vom Joint Operational Command unterbunden und der Machterhalt von ZANU PF in der nachfolgenden Stichwahl mit massiver politischer Gewalt, Einschüchterung und dem darauffolgenden Rückzug Tsvangirais gesichert.

Mit dem Einschreiten der Armee und dem erzwungenen Abdanken von Präsident Mugabe im November 2017 wagte sich die Armee auf die politische Bühne und besetzte wichtige Posi-

Frauen sind

Der Rücktritt von Robert Mugabe im November letzten Jahres brachte einen Hoffnungsschimmer für glaubwürdige Wahlen am 30. Juli. Aber trotz großer Öffentlichkeitsarbeit und eines viel beachteten Treffens von Frauen aus allen Gesellschaftsschichten mit Präsident Emmerson Mnangagwa im Mai 2018 ist die Vertretung von Frauen im Parlament gesunken.

Die Kandidatur von vier Frauen für das Präsidentenamt, in Zimbabwe bisher beispiellos, wurde darüber hinaus mit einer sexistischen Gegenkampagne und einer Schlammschlacht beantwortet – eine Erinnerung an die zugrundeliegenden patriarchalen Normen, wie sie für die alternde Führung in Zimbabwe typisch sind.

Die ehemalige Vizepräsidentin Joice Mujuru, die schon unter Mugabe in Ungnade gefallen war und die nun die *People's Rainbow Coalition* anführt, wurde als „Hexe“ bezeichnet. Thokozani Khupe, die sich (und nicht Nelson Chamisa) als die legitime Anführerin der Tsvangirai-Fraktion des *Movement for Democratic Change (MDC-T)* sieht, war in den sozialen Medien einem Sturm von Beleidigungen ausgesetzt; u. a. wurde sie „Shure“ genannt – Shona Slang für Prostituierte. Aus Solidarität mit ihr trug die Parlamentsabgeordnete für Matabeleland South, Priscilla Misihairabwi-Mushonga, bei der Einreichung ihrer Kandidatur einen Pullover mit der Aufschrift „Hure, #MeToo!“.

Auch die unabhängige Kandidatin für Mount Pleasant in Harare, die in Cambridge ausgebildete Anwältin Fadzayi Mahere, forderte das *Old Boys*-Netzwerk in den sozialen Medien heraus und führt eine erfrischend moderne Kampagne für saubere Regierungsführung unter ihrem Hashtag #Bethechange.

All das gab Frauen zwar sichtbare Plattformen, um sich in Erinnerung zu rufen – im Wahlkampf spielten sie jedoch kaum eine Rolle. Und dies, obwohl sich immerhin vier weibliche Kandidaten (von insgesamt 23) den Präsidentschaftswahlen stellten: Melbah Dzapasi (*#1980 Freedom Movement Zimbabwe*), Khupe (MDC-T), Violet Mariyacha (*United Democratic Movement*) und Joice Mujuru (*People's Rainbow Coalition*). Jedoch hatte praktisch keine von ihnen eine Chance.

Artikel 17 der Verfassung von Zimbabwe, 2013 angenommen, garantiert

die Verlierer

zwar die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Entscheidungsfindung, schreibt aber nur eine Frauenquote im Parlament vor, nicht in anderen Bereichen wie z. B. in der Regierung.

Wie die meisten Länder im Südlichen Afrika hat Zimbabwe ein Mehrheitswahlrecht. Darüber hinaus gibt es eine nationale Quote, die an ein in Tanzania verfeinertes Modell anknüpft und es Frauen erlaubt, sich frei um zusätzliche 30% der Mandate zu bewerben. Diese werden dann proportional auf alle im Parlament vertretenen Parteien aufgeteilt. Dies führte dazu, daß der Frauenanteil im Parlament im Jahr 2013 von 18% auf 35% anstieg.

Diese „befristete Sondermaßnahme“ bleibt bis 2023 gültig, sodaß Frauen auch in den kommenden Wahlen 30% der Parlamentssitze garantiert werden. Die eigentliche Hürde liegt jedoch bei den politischen Parteien: Für Frauen ist es sehr schwer, von ihnen als Kandidatinnen aufgestellt zu werden.

Eine Analyse der Parteilisten durch den *Women in Politics Support Unit* zeigt, daß weder die regierende Zanu PF, die eine statutarische Frauenquote von 30% hat, noch die MDC Alliance, die sich sogar zu 50% verpflichtet hat, ihren eigenen Ansprüchen gerecht wurden. Noch schlechter sah es bei den anderen Parteien aus.

Von den 47 wahlwerbenden Gruppen, die Kandidaten für die Parlamentswahlen aufstellten, hatten 20 überhaupt keine Kandidatinnen, zwei weitere Parteien stellten nur jeweils eine einzige Frau auf. Insgesamt belief sich der Anteil von Frauen an allen Kandidaten nur auf 15%. 84 der 210 Wahlkreise wurden überhaupt nur von Männern bestritten.

Vor allem im Unterhaus (*Assembly*) ist somit eine drastische Abnahme der Anzahl weiblicher Abgeordneter zu beobachten. Von den 270 Mandatären, die am 5. September angelobt wurden, sind nur 26 Frauen, also knapp zehn Prozent. Höher liegt der Anteil allerdings im Senat, der in Zukunft auch von einer Frau, Mable Chinomona (*Zanu PF*) geführt werden wird. Sprecher/innen aller politischen Lager bedauerten die gesunkene Teilhabe von Frauen am Parlament – konkrete Maßnahmen, um gegenzusteuern, sind aber noch keine in Sicht.

Colleen Lowe Morna, Tapiwa Zvaraya, Red.

tionen inklusive Vizepräsidentenamt, Außen- und Landwirtschaftsministerium und ZANU PF-Kommissariat.

Bei diesen Wahlen 2018 ging es in erster Linie um den Versuch der Festigung der Macht durch Präsident



Priscilla Chigumba, Vorsitzende der Wahlkommission, bei der Verkündung der Resultate

Emmerson Mnangagwa im Staat und in seiner Partei ZANU PF gegenüber den Vertretern der Sicherheitskräfte, allen voran Vizepräsident Constantino Chiwenga, dem selbst Präsidentschaftsambitionen nachgesagt werden. Die brutale Reaktion gegen Demonstrationen von Oppositionsanhängern durch die Sicherheitskräfte und die Verfolgung von Oppositionsanhängern in den darauffolgenden Tagen zeigten, daß sich die zugrundeliegende Machtlogik in Zimbabwe nicht verändert hat. Während die politische Verantwortung dafür noch unklar ist, haben diese Menschenrechtsverletzungen vor internationalen Medien sowie Wahlbeobachtern den offenen und wirtschaftsfreundlichen Kurs, welcher von Präsident Mnangagwa eingeschlagen wurde, abrupt beendet. Die USA haben mittlerweile ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die Bedingungen für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und die Gewährlei-

**Öffnung wurde
abrupt beendet**

stung der militärischen Unterordnung unter die Zivilregierung bindet. Zudem hat Zimbabwe es bis jetzt verabsäumt, jene zur Rechenschaft zu ziehen, welche die politisch motivierte und teils staatlich kontrollierte Gewalt während der Wahlen 2008 verübten. Angehörige von Sicherheitskräften gelten in weiten Teilen der Bevölkerung als straffrei. Die neue Ministerriege wird auch zeigen,



Polizeigewalt gegen Proteste

wieviel Macht das Militär im neuen Kabinett Mnangagwas haben wird.

Der Erfolg von Rechtsstaatlichkeit und Korruptionseindämmung in vielen afrikanischen Ländern geht einher mit friedlichen demokratischen

Staat und ZANU PF

Machtwechseln, wie zum Beispiel in Ghana. Es scheint, daß vor allem die ehemaligen Frontlinienstaaten des Südlichen Afrika diesen Übergang von der Partei, die das Land in die Unabhängigkeit geführt hat, zu einer Partei, die demokratische Wahlen gewinnt, noch nicht geschafft haben. Diese über vier Jahrzehnte ausgebaute Machtfülle und mangelnde Gewaltenteilung führen oft zu Nepotismus, Korruption und Mißwirtschaft. Kontrollorgane wie Rechnungshof, Ombudsmann oder Antikorruptionskommissionen funk-

tionieren schlecht und werden oft für politische Ziele mißbraucht.

Durch die seit 1997 andauernde Wirtschaftskrise wurde der Kampf innerhalb der ZANU PF-Partei um die Kontrolle des Staates immer intensiver, und in den letzten zehn Jahren wurden mehrere hochrangige ZANU PF-Funktionäre

ausgeschlossen. So trat etwa Simba Makoni 2008 gegen Mugabe an und 2018 die ehemalige Vizepräsidentin Joice Mujuru gegen Emmerson Mnangagwa. Das Hauptproblem von ZANU PF dürfte die grassierende Korruption sein, die auch schon zu gravierenden Problemen und Betrugsvorwürfen bei den Vorwahlen führte. Das schwache Ergebnis von Emmerson Mnangagwa im Vergleich zu ZANU PF bei den Parlamentswahlen ist auch darin begründet, daß er in den acht Monaten an der Macht die Partei nicht hinter sich einen konnte.

Obwohl Präsident Mnangagwa seit Amtsantritt für internationale Investitionen geworben hat, ist es ihm in der kurzen Zeit auch nicht gelungen, die schwächelnde zimbabwische Wirtschaft anzukurbeln, die Währungs- und die Wirtschaftskrise zu entschärfen oder Zimbabwer in der mittlerweile sehr großen Diaspora zur Rückkehr zu bewegen.

Im Zuge der Einheitsregierung 2009 gab es ein Abkommen, die Medien zu öffnen und auch private Radiostationen zuzulassen; das wurde aber nie umgesetzt. Zudem gab es harsche Kritik durch Wahlbeobachter der AU und SADC nach den Wahlen 2013. Die Opposition hatte klare Nachteile im Wahlkampf, da die Medienlandschaft immer noch sehr einge-

schränkt ist. Die menschenrechtswidrige Gesetzgebung, welche seit Jahren kritisiert wird, schränkt Rede- und Informationsfreiheit ein und wurde auch von den EU-Wahlbeobachtern 2018 kritisiert. Die Wahlkommission, welche weitgehende Rechte hat, für einen fairen Wahlkampf in den Medien zu sorgen, hat Reformen

Parteiliche Justiz

jedoch unterlassen. TV und vor allem das in den ländlichen Gebieten wichtige Radio wird durch die Regierung und ZANU PF-Sympathisanten kontrolliert. Regierungskritische Zeitungen gibt es nur in größeren Städten und in kleiner Auflage.

Die Wahlkommission hat mit internationaler Unterstützung vor der Wahl 2018 eine komplett neue biometrische Wählerregistrierung durchgeführt, da das aufgeblähte, veraltete und intransparente Wählerregister von der Opposition für deren Wahlniederlage 2013 verantwortlich gemacht wurde. Die Verifizierung des Wählerregisters erfolgte jedoch zu spät, und es gibt auch Berichte, daß am Wahltag verschiedene Versionen des Wählerregisters verwendet wurden. Das neue Wählerregister war aber eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zum Wahlsystem 2013. Kritik wurde von internationalen Wahlbeobachtern an der mangelnden Unabhängigkeit und

Mangelnde Medienvielfalt

Intransparenz der Wahlkommission geübt, welche Wahlbeobachter von wichtigen Prozessen der Abstimmung fernhielt. Zudem besuchte die Vorsitzende der Wahlkommission vor der Wahl mit dem Berater des Präsidenten die Rußlandwahl und wurde mit einem ZANU PF-Schal fotografiert.

Die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und der Mangel an Rechtsstaatlichkeit gilt auch als große ökonomische

mische Hürde, da Investoren derzeit mehr auf politische Deckung vertrauen. Zimbabwe bräuchte vor allem eine



Präsident Mnangagwa: Knapper Wahlsieg

Rückkehr zur bzw. eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, denn ohne diese sind Wahlen nur eine Chimäre. Den Gerichten fehlt es an Unparteilichkeit, um der verärgerten Opposition Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dies erhöht das Risiko politischer Gewalt und führt zu vermehrter Instabilität.

Die entscheidenden Faktoren dieser Wahlen waren der hohe Anteil von Wählern im ländlichen Raum, welche oft von traditionellen Führern abhängig sind oder von diesen kontrolliert werden. Alternative, nichtstaatliche Medien dringen meist nicht bis in die ländlichen Regionen vor, und die meisten Kleinbauern hängen von staatlichen Subventionen oder Institutionen ab. Zudem gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad bei ZANU PF-Wählern. EU-Wahlbeobachter kritisierten auch die Einschüchterungen, Drohungen und Nötigungen gegen mögliche Oppositionssympathisanten sowie den Mißbrauch von Nahrungsmittelhilfe als Wahlkampfinstrument. Die skurrile Wahlempfehlung von Expräsident Mugabe für Nelson Chamisa hatte einen sichtbar irritierenden Effekt für Mnangagwa und könnte auch zum

Teil für sein schwaches Abschneiden verantwortlich gewesen sein. Nelson Chamisa, der nur vier Monate vor der Wahl die Partei übernahm, konnte die MDC Alliance hinter sich einen und absolvierte einen starken Wahlkampf. Leider haben die internationalen Wahlbeobachtungsmissionen von AU und SADC einmal mehr enttäuscht – zum einen mit der Wahl ihrer Missionsleiter und zum anderen mit ihren unkritischen Berichten.

Sowohl ein klarer Sieg Mnangagwas als auch ein klarer Sieg Chamisas in demokratischen Wahlen hätten zu dem notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Die neue Regierung in Zimbabwe ist nun in einer mißlichen Lage. ZANU PF fand seit dem Ende der Einheitsregierung 2013 kein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Rezept. Die Opposition zeigt keine Bereitschaft, in eine Einheitsregierung einzutreten und damit Präsident Mnangagwa und ZANU PF internationale Legitimation zu verschaffen, die für Investitionen und Kredite der Bretton-Woods-Institutionen notwendig wäre.

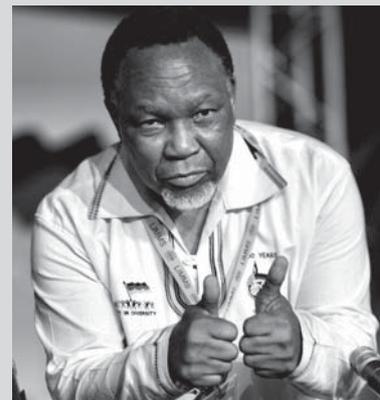
Den meisten Menschen in Zimbabwe geht es vor allem darum, ihr tägliches Überleben zu sichern. Falls die neue Regierung es nicht schafft, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bevölkerung zu verbessern, werden einmal mehr viele Zimbabwer den Gang ins Ausland wählen.

Armin Rabitsch hat seit 1993 immer wieder in Zimbabwe gelebt und gearbeitet. Seine 2010 verfasste Dissertation behandelt auch die Beziehungen der EU mit der SADC und Zimbabwe. Als international tätiger Wahlexperte versucht er mit der unparteiischen Initiative wahlbeobachtung.org auch Wahlprozesse in Österreich zu verbessern.

Untersuchungskommission

Präsident Emmerson Mnangagwa berief Ende August den ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Kgalema Motlanthe zum Vorsitzenden einer Untersuchungskommission, welche die gewalttätigen Zwischenfälle nach der Wahl aufklären soll. Am 1. August 2018 waren vom Militär mindestens sechs Menschen erschossen worden, und im Zentrum von Harare richteten Protestierende schwere Zerstörungen an Geschäften an.

Weitere Mitglieder der Kommission sind der umstrittene britische Rechtsanwalt Rodney Dixon, der in einer ähnlichen Lage 2014 der Regierung von Sri Lanka einen Persilschein ausstellte, der frühere Commonwealth-Generalsekretär Emeka Anyaoku aus Nigeria sowie der ehemalige Chef der tanzanischen Volksarmee General Davis Mwamunyanje. Zu den lokalen Kommissaren gehören Charity Manyeruke, eine als unabhängig geltende Professorin der *Universität von Zimbabwe*, der Bürgerrechtsaktivist Lovemore Madhuku und die ehemalige Präsidentin der *Law Society of Zimbabwe*, Vimbai Nyemba.



Kgalema Motlanthe

...spektrum...

Zwei SADC-Gipfeltreffen in Windhoek. Am 17. und 18. August 2018 fand in der namibischen Hauptstadt das 38. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der *Southern African Development Community* (SADC) statt. Das Treffen stand unter dem Motto „*Promoting Infrastructure Development and Youth Empowerment for Sustainable Development*“. Von einigen lokalen Medien als „Beginn einer neuen Ära“ bezeichnet, dürfte es sich doch eher um eine Routineveranstaltung gehandelt haben.

Dem offiziellen Kommuniqué zufolge wurden „Fortschritte“ bei der Industrialisierung der Region zur Kenntnis genommen, welche bis 2063 abgeschlossen werden soll; um welche Fortschritte es sich dabei handeln soll, wurde freilich nicht spezifiziert. An die Mitgliedsstaaten wurde appelliert, ihre Volkswirtschaften weiter zu diversifizieren, die nationale Steuereinhebung zu verbessern und öffentliche Ausgaben zu „managen“ (wie?). Als problematisch wurden die anhaltende Malariagefahr sowie die sinkende Nahrungsmittelproduktion angegeben, die 2018/19 vermutlich weiter abnehmen wird. Als Grund dafür wird nur die vom El Niño-Phänomen verursachte mehrjährige Dürre angeführt, jedoch nicht die langfristige Auswirkung wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen wie der sog. Landreform in Zimbabwe.

Die abnehmende Relevanz des früher einflußreichen Staatenbundes kam auch dadurch zum Ausdruck, daß mehrere Mitgliedsstaaten nur zweit-rangig vertreten waren. So blieb – zum wiederholten Mal bereits – der tanzanische Staatschef John Magufuli dem Gipfeltreffen fern. Auch Swaziland,

Madagaskar, Malawi und Mauritius waren nur auf Ministerebene vertreten, ebenso das neu aufgenommene (16.) SADC-Mitglied, die Komoren.

In diesem Fall scheinen es innenpolitische Gründe gewesen zu sein, die Präsident Azali Assoumani dazu veranlaßten, nicht ins Ausland zu reisen. Kommentatoren stellten denn auch die Frage, welche Vorteile die SADC eigentlich aus der Mitgliedschaft eines weiteren Krisenstaats ziehen kann. Namibias Präsident Hage Geingob, der turnusmäßig zum neuen Vorsitzenden der Organisation gewählt wurde, wird sich neben Kongo, Madagaskar und Lesotho somit auch auf den Komoren als Krisenmanager bewähren können.

Gleichzeitig und mit einigem Echo fand in Windhoek aber noch ein zweites Gipfeltreffen statt: ein *People's Summit*, veranstaltet vom *Southern African People's Solidarity Network* (SASPN). Mehr als 800 Aktivistinnen und Aktivisten nahmen daran teil. Wie dessen Generalsekretär, Sofonea Shale, erklärte, ging es dabei darum, die regionale Kooperation den Händen der vielfach korrumpierten staatlichen Akteure zu entreißen und auf die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung auszurichten.

Der SADC *People's Summit* findet jährlich statt und wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und Jugendorganisationen aus verschiedenen SADC-Ländern veranstaltet. „*Wir fordern soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit, Migrationsfreiheit sowie den Einsatz der natürlichen Ressourcen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zugunsten von leistbarem Land- und Wohnungsbesitz*“, so Shale.

Zufolge Herbert Jauch, einem der

INDABA-Leserschaft bekannten lokalen Organisator, werden diese Ziele freilich nicht durch eine Resolution oder eine Demonstration zu erreichen sein. „*Wir müssen uns laufend gegen-*



People's Summit 2017 in Johannesburg

seitig unterstützen und konstant Druck auf die Regierungen ausüben, damit sie ihre Politik ändern.“ Das Schlußdokument der Konferenz (online unter <http://www.southernafricatrust.org/2018/08/21/2018-sadc-people-summit-communique/>) wurde am 17. August an Präsident Geingob übergeben und listet nach einer ausführlichen Bestandsaufnahme der Probleme der Region eine Reihe von Forderungen auf, die gleichsam ein alternatives Regierungsprogramm darstellen.

Wichtige Punkte daraus sind u. a. die Demilitarisierung des öffentlichen Lebens, die Stärkung unabhängiger demokratischer Organisationen, eine Untersuchung der Morde nach den Parlamentswahlen in Zimbabwe, aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche, die Senkung des Mindestalters für Präsidentschaftskandidaturen auf 30 Jahre, verbindliche Standards für transnationale Konzerne, die Streichung illegitimer Schulden für die SADC-Mitgliedsstaaten, die Ablehnung von genetisch modifiziertem Saatgut, die Sicherung von Landrechten für Frauen, die Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bewältigung des Klimawandels

sowie der Kampf gegen Kinderehen.

Als positiv wurde von den Organisatoren gewertet, daß es ihnen mehr als zwei Stunden lang möglich war, diese Forderungen Präsident Geingob und mehreren Ministern der namibischen Regierung persönlich zu erläutern.

Untersuchungskommission zur Zuma-Politik in Südafrika.

Die erste Sitzungsperiode der aufsehenerregenden „*Commission of Inquiry into State Capture*“ (nach dem vorsitzenden Richter auch *Zondo Commission* genannt) ging am 11. September zu Ende. Ursprünglich ein Ergebnis des Berichts *State of Capture* des damaligen Public Protectors, Frau Thuli Madonsela (INDABA 93/17), konnte das Gremium erst nach der Wahl von Cyril Ramaphosa zum ANC- und dann Staatspräsidenten tätig werden. Es geht um den behaupteten Einfluß indischer Oligarchen auf die südafrikanische Politik und die Korruption Zumas und seiner Familie.

Ein gewichtiger Zeuge der ersten Sitzungen war der frühere stellvertr. Finanzminister Mcebisi Jonas, dem die Guptas – seiner Aussage zufolge – den Ministerposten im Gegenzug zu einer Subvention von 60 Mio. Rand angeboten hatten. Bei dem Gespräch, in dem eine bevorstehende Regierungsumbildung durch den damaligen Präsidenten Zuma erörtert wurde, soll auch dessen Sohn, Duduzane Zuma, anwesend gewesen sein. Dieser wird wegen eines von ihm verschuldeten Autounfalls mit Todesfolge steckbrieflich gesucht und befindet sich derzeit im Ausland.

Neben Jonas sagte auch die frühere ANC-Parlamentariern Vytjie Mentor aus, der von den Guptas der Posten der Verkehrsministerin im Austausch für luftfahrtpolitische Maßnahmen angeboten worden war.

Teil des Problems sind die Strukturen wichtiger staatlicher Organe, die während der Amtszeit Zumas mit korrupten bzw. willfährigen Chefs besetzt worden waren. Ramaphosa hat seit Amtsübernahme bereits mehrere dieser Personen ausgetauscht, insbesondere den Kommissar der für die Steuereinzahlung zuständigen *South African Revenue Services (Sars)*, die Chefs der Antikorruptionspolizei *Hawks* und des Geheimdienstes, der *State Security Agency (SSA)*. Eine Reihe offener Fragen besteht weiters betreffend die in Sachen *state capture* untätige Polizei sowie den früheren Generalstaatsanwalt, Shaun Abrahams, der sich immer wieder schützend vor Zuma gestellt hatte.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde in Südafrika daher auch die Verurtei-



Aufarbeitung der Ära Zuma

lung der früheren südkoreanischen Präsidentin Park Guen-Hye zu 25 Jahren Haft verfolgt – wegen Korruption und Mißwirtschaft.

Innerhalb von 90 Tagen muß Präsident Ramaphosa zudem einen neuen Generalstaatsanwalt (*National Director of Public Prosecutions*) ernennen – einigen Pressekommentatoren zufolge die wichtigste Personalentscheidung in diesem Zusammenhang. Diesem wird es nicht nur obliegen, die korrupten Institutionen wiederaufzubauen, sondern auch, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rechtsstaatlichkeit zurück zu gewinnen. Es hat wenige Jahre gedauert, um wichtige Institutionen des

Staates der Willkür einer aus Indien eingewanderten Investorenfamilie zu unterstellen; weitaus mehr Zeit wird es leider erfordern, sich aus diesem *state capture* wieder zu befreien.

In Südafrika Enteignung von 139 Farmen geplant.

Während im Parlament in Kapstadt Verhandlungen über den genauen Wortlaut des Gesetzes über die Enteignung von Grund und Boden ohne Entschädigung laufen, hat das *National Executive Committee* des ANC Mitte August angeblich 139 Farmen identifiziert, die als erste unter der neuen Gesetzgebung enteignet werden sollen. Um welche Besitztümer es sich dabei handelt, wurde vorerst nicht bekannt.

Die umstrittene Gesetzesvorlage soll Ende des Jahres beschlossen werden. Ob dazu auch eine Änderung von Artikel 25 der Verfassung erforderlich ist, in dem – allerdings unter bestimmten Voraussetzungen – das Eigentumsrecht garantiert wird, wird derzeit vom Verfassungsgerichtshof geprüft. Seitens der Regierung wurde aber erklärt, die Verfassung in jedem Fall ändern zu wollen, um absolute Rechtssicherheit zu schaffen.

Es sei dem ANC bewußt, erklärte der Leiter des Präsidentenbüros, Zizi Kodwa, daß internationale Investoren und die Märkte kurzfristig möglicherweise negativ auf die geplanten Maßnahmen reagieren könnten. Langfristig würde eine Lösung der kolonial verursachten Landfrage allerdings Stabilität garantieren und das verlorene Vertrauen wiedergewinnen.

Weiters sei eine fortgesetzte Unterstützung des Staats für den Agrarsektor unabdingbar, um dessen Prosperität zu sichern. Diese solle die neuen Farmer in die Lage versetzen, ohne größere Anlaufschwierigkeiten die Produktion fortzusetzen.

Erfolg bei Arbeitskampf in Namibia: Die größte Einzelhandelskette Afrikas, *Shoprite*, zog am 6. August ihre Schadenersatzklage gegen 93 Beschäftigte in Höhe von 4,5 Mio. Nam-\$ zurück. Dem waren heftige Proteste von Gewerkschafter/inne/n und Vertreter/inne/n zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Aufruf zu einem Konsumentenboykott voraus-



gegangen. Während der ehemalige Premierminister Nahas Angula die Proteste von Anfang an unterstützte, äußerte die Regierung nur zögerlich Kritik an dem südafrikanischen Konzern (Shoprite ist offiziell ein an der Börse von Zambia notierendes Unternehmen, Jahresgewinn 2017/18: 5,2 Mrd. Nam-\$). Shoprite sei ein schwieriger Arbeitgeber, ließ Bro-Mathew Shingujadja, Permanent Secretary des namibischen Arbeitsministeriums, immerhin verlauten.

Die Kontroverse geht bis in den Juli 2015 zurück. Damals streikten die Beschäftigten für höhere Löhne, weshalb die Firma ein Disziplinarverfahren einleitete. Gleichzeitig wurde eine gerichtliche Klage wegen Geschäftsstörung eingebracht; die geforderte Entschädigungssumme hätte mehr als die jährliche Gehaltssumme der Betroffenen ausgemacht. Der Großteil der Shoprite-Arbeiter/innen in Namibia verdient zwischen ein- und dreitausend namibische Dollar, umgerechnet also zwischen 62 und 186 Euro im Monat.

Im Zuge der Proteste kam es auch zu scharfer Kritik an den namibischen

Gewerkschaften, die in den letzten Jahren kaum wegen der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen aufgefallen sind. Menschenrechts-Anwalt Norman Tjombe, vor Jahren Geschäftsführer des eine Zeit lang von Österreich aus unterstützten *Legal Assistance Center* in Windhoek, warf der namibischen Gewerkschaftsführung vor, sie habe seit der Unabhängigkeit ihren Fokus verloren und sei zu sehr mit Machtkämpfen um Führungspositionen in den eigenen Reihen beschäftigt.

Das Zurückziehen der Shoprite-Klage gegen die 93 Beschäftigten wurde umso mehr als Erfolg gewertet, als die Firma wenige Tage später auch das Disziplinarverfahren gegen die ehemaligen Streikenden einstellte. Somit müssen die Betroffenen auch nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen.

Erfolg für San in Tsumkwe. Ein Gericht in Windhoek entschied Ende August zugunsten einer Klage der Ju/'hoansi sowie der Verwaltung der *Nyae Nyae-Conservancy* und ordnete die polizeiliche Räumung der von sieben Farmern der Umgebung illegal besetzten Weideflächen an. Wie Tsamkxao ǀOma, der Chief der San-Gemeinschaft, erklärte, hätten zunächst vier, später mehr als 30 vorwiegend herero-sprachige Farmer ab 2009 zunehmend Land innerhalb der *Conservancy* okkupiert und hunderte Kühe und Kleinvieh darauf weiden lassen; der Lebensraum der Ju/'hoansi und die ökologische Qualität des Bodens seien dadurch sehr stark beeinträchtigt worden. Als das Problem lokal nicht gelöst werden konnte, reichte 2017 das *Legal Assistance Center* in Windhoek, vertreten durch Willem Odendaal, Klage gegen die Landbesetzer ein. Dieser Klage wurde nach Ablauf der Einspruchsfrist nun stattgegeben. Ein weiteres Verfahren, das vom zustän-

digen Ministerium geführt wird, könnte zur Beschlagnahme des Viehbestands der betreffenden Farmer führen.

EU: Mehr für Grenzkontrolle als für EZA. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wird die Europäische Union in den kommenden Jahren mehr finanzielle Mittel für Grenz- und Migrationskontrolle ausgeben als für Entwicklungszusammenarbeit. War die EU offiziell bisher stolz darauf, die größte EZA-Geberin weltweit zu sein, so herrscht unter den nationalen Regierungen und den europäischen Institutionen jetzt das Bedürfnis vor, die „Festung Europa“ zu stärken.

Der von der Kommission Ende Juli vorgelegte mehrjährige Finanzrahmen, das EU-Budget für die Jahre 2021-2027, soll nominell zwar eine Erhöhung der Gelder für das subsaharische Afrika um 23 Prozent auf 32 Milliarden € bringen. Gleichzeitig sollen „bürokratische Barrieren“ für das Abrufen dieser Gelder gelockert werden.

Rechnet man allerdings die prognostizierte Inflationsrate ein, beträgt – nach den Berechnungen von *EURACTIV* – die reale Erhöhung nur 7 Prozent auf € 28,3 Mrd. in Preisen von 2018. Ebenfalls auf der Basis von 2018 sieht der Finanzrahmen für Migrations- und Grenzmanagement allerdings 30,8 Mrd. Euro vor – also € 2,5 Mrd. mehr als die Finanzmittel für Afrika südlich der Sahara.

Das würde eine Erhöhung im Vergleich zum derzeitigen Budgetrahmen von fast 200 Prozent bedeuten. Mehr als die Hälfte der Summe (10,6 Mrd. Euro) sind für die Dezentralisierung der *European Border and Coast Guard Agency (EBCGA)* bestimmt. Weitere knapp 10 Mrd. Euro sollen den Mitgliedsstaaten über einen Asyl- und Migrationsfonds zugutekommen. ■

Gutes Gesetz, aber Fremdenhaß und Korruption

Südafrika als Zielland für Menschen auf der Flucht

Viele afrikanische Flüchtlinge fliehen innerhalb ihres Kontinents. Der Fluchtweg ist sicherer als jene Routen, die nach Europa führen. Südafrika gilt im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern als ein wohlhabendes progressives Vorzeigeland. Folglich ist es Zielland für viele irreguläre Migrant/inn/en. Anstatt einer vermeintlichen liberalen Politik stoßen Flüchtlinge jedoch auf Ablehnung, Ausgrenzung und Korruption. Von Kerstin Lahr.

Obwohl die Zahl der in Europa ankommenden irregulären Migrant/inn/en stetig zurückgeht, stehen die Themen Flucht und Migration in der Politik Österreichs und der EU nach wie vor ganz oben an der Tagesordnung. Laut einem Bericht des UNHCR sind weltweit 70 Mio. Menschen auf der Flucht. Doch nur ein Bruchteil jener, die ihr Land verlassen, befindet sich in der EU. Die Türkei allein beherbergt mehr Flüchtlinge als die gesamte Europäische Union. Hauptlast tragen die Industrie-, Schwellen- und sog. Entwicklungsländer, in die Menschen vorwiegend flüchten.

Auch in Südafrika ist das Flüchtlingsthema präsent. Viele Menschen, die gewaltsam vertrieben werden oder auf der Suche nach einem besseren Leben sind, flüchten nach Südafrika. Eine willkommene Asylpolitik aber herrscht auch dort nicht.

Statistiken des UNHCR zufolge haben seit 2016 mehr als eine Million Schutzsuchende in Südafrika um Asyl angesucht. Die meisten Asylwerber/inn/en kamen aus dem Kongo, aus Zimbabwe, Burundi, Äthiopien und Somalia, aber auch aus Pakistan und

Bangladesch. Viele andere strömten ins Land, ohne sich bei den Behörden zu melden. In jedem Fall ist der Weg zu einem rechtmäßigen Aufenthalt steinig. Bürokratische Hürden gibt es wie in den europäischen Ländern. Das Asylsystem ist kompliziert, Informationen und Auskünfte sind oft nicht verständlich oder werden unzureichend erklärt. Betroffene wissen nicht, wie es nach der Antragstellung weitergeht und über welche Aufenthaltslegitimation sie im jeweiligen Verfahrensstatus verfügen.

Zuständig sind die sog. *RROs* (*Refugee Reception Offices*). Diese wurden vom südafrikanischen Innenministerium eingerichtet und sind die wichtigsten Anlaufstellen für Flüchtlinge. Hier werden Asylanträge gestellt, die entsprechenden Interviews geführt sowie die Bescheide ausgefertigt. Etabliert wurden zunächst mehrere dieser Einrichtungen – in Kapstadt, Durban, Johannesburg, Port Elizabeth, Pretoria und Musina.

Seit 2011 schlossen drei dieser RROs jedoch ihre Pforten: Das in Johannesburg stellte mit 2011 den gesamten Betrieb ein, in den RROs in Port Elizabeth und Kapstadt werden die laufenden Asylverfahren zwar noch

bearbeitet, jedoch können seit 2011 bzw. 2012 keine neuen Anträge mehr eingebracht werden.

als Flüchtling in Südafrika gilt jemand, dessen Leben in seiner Heimat aufgrund von Kriegen/Konflikten oder Verfolgung bedroht ist. Die



Junge Männer warten vor dem Refugee Reception Office in Pretoria

genaue Definition eines Flüchtlings ist im *Refugees Act* zu finden.

Der Prozeß des Asylverfahrens ähnelt dem österreichischen. Geflohene stellen einen Asylantrag in einem der RROs, füllen entsprechende Formulare aus und stellen sich einem Interview. Bei einer Negativentscheidung

Widersprüchliche Zeremonie in Windhoek

Und noch immer keine deutsche Entschuldigung

Im Rahmen einer feierlichen Staatsaktion fand am 31. August 2018 die dritte Übernahme von menschlichen Überresten namibischer Provenienz aus Institutionen der Bundesrepublik statt. Ein politisch notwendiger, aber vielschichtiger Prozeß, der beidseitig von Ambivalenzen und Fragwürdigkeiten belastet ist. Walter Sauer nahm an der Zeremonie in Windhoek teil.

Der dicht verbaute Hügel mit Christuskirche und Tintenpalast ist großräumig abgesperrt, erlaubt sind nur Fußgänger und offizielle Autos. In den schönen *Parliament Gardens* ist für Ehrengäste und etwa zweihundert Besucher/innen eine Überdachung aufgebaut, als Sonnenschutz. Davor, in einem offenen Zelt, ein flaggenbedeckter Sarg mit den sterblichen Überresten von 27 Personen, erst wenige Stunden zuvor in Begleitung einer 74-köpfigen namibischen Delegation aus Berlin eingetroffen. Vier Schädel sind in Glascontainern exemplarisch ausgestellt. Nach 2011 und 2014 ist dies die dritte Repatriierungsaktion aus der Bundesrepublik nach Namibia – Teil des gemeinsamen Versuchs, den Völkermord während des Krieges 1904-07 aufzuarbeiten.

Mein erster Eindruck: eine konstruierte Atmosphäre staatlicher Trauer, wenig echte Emotion. Der Genozid als politisches Narrativ für namibische Identität? „One Namibia, one Nation“ ist mittlerweile zerschlissen, der Tribalismus in den letzten Jahren gewaltig erstarkt.

Auch jetzt kommt keine echte Stimmung auf. Das mag daran liegen, daß die repatriierten Reste keinen Individuen zugeordnet werden können (zum Unterschied zur Repatriierungsaktion des Ehepaars Pienaar aus Wien nach Südafrika 2012, INDABA 74/12). Oder, daß sich das öffentliche Interesse an der Zeremonie in Grenzen hält. Herr und Frau auf der Straße in Windhoek interessieren sich zweifellos mehr für das tragische Schicksal der vor wenigen Tagen grausam ermordeten neunjährigen Schülerin in Katutura als für die kolonialen Verbrechen.

Zeichen dieser Ambivalenz ist es vielleicht auch, daß die beiden maßgeblichsten Persönlichkeiten der Republik

fehlen: Staatspräsident Hage Geingob befindet sich auf Staatsbesuch in Indonesien und China, *Founding Father* Sam Nujoma kann vom Mädchen-Initiationsritual der Oshivambos im Norden (*Olufuko*), das von Kirchen und Genderaktivist/inn/en schwer kritisiert wird, nicht weg. Ist beides wirklich nur Zufall?

Natürlich geht es um Wiedergutmachung kolonialer Entrechtung: Hunderte Skelette, Schädel oder Gebeine sind während der deutschen Herrschaft für „wissenschaftliche“ Zwecke nach Deutschland verbracht worden, oft gewaltsam und meist für sog. Rassenforschung. Die Erinnerung daran stellt für die betroffenen Gemeinschaften und Familien bis heute eine emotionale Belastung dar. Auch das fortgesetzte Verbleiben der sterblichen Überreste ihrer Vorfahren in deutschen, sonstigen europäischen oder auch südafrikanischen Museumsdepots wird zu Recht als unwürdig betrachtet.

Darüber hinaus sind die Langzeitfolgen des deutschen und später südafrikanischen Kolonialismus weiterhin spürbar – worauf Vizepräsident Nangolo Mbumba in seiner Ansprache hinweist: weitverbreitete Armut, Landlosigkeit und nicht zuletzt auch mentale Auswirkungen wie Tribalismus, Sexismus oder entfremdete Identitäten (daß all dies



Bussi für Staatsministerin Muntefering – alles bestens?

seit der Unabhängigkeit 1990 zumindest ansatzweise hätte korrigiert werden können, sagt er freilich nicht). Wie auch immer: Da ist viel Grund zur Bitterkeit.

Und damit in die Niederungen der Innenpolitik: Eine Konfrontation mit der Bundesrepublik Deutschland einzugehen, die bis heute als größter Entwicklungsfinanzier Namibias fungiert, liegt eigentlich nicht im Interesse der SWAPO-Regierung. Aber die Agitation der *OvaHerero Traditional Authority (OTA)* fällt angesichts des Ausbleibens spürbarer Verbesserungen im Lebensstandard der seinerseits kolonial unterdrückten Communities in Zentral- und Südnamibia auf fruchtbaren Boden. Um die Initiative nicht diesen Traditionalisten zu überlassen, die vor der Unabhängigkeit auf südafrikanischer Seite und nachher in einem Naheverhältnis zur oppositionellen DTA-Partei standen und selbst innerhalb der Herero umstritten sind, versucht die Regierung die Entwicklung zu kanalisieren: durch die Einbeziehung auch der nama-sprachigen Communities und durch die Zentralisierung der Verhandlungen mit Deutschland auf nationaler Ebene. Beide Regierungen haben jeweils einen „Vermittler“ nominiert.

Vekuii Rukoro, der vom Staat nicht anerkannte *Paramount Chief* der OTA, hatte somit seinen großen Auftritt im Garten des Parlaments. Wortreich beklagt er (wie zuvor schon in Berlin) seinen „Ausschluß“ von den Verhandlungen und die Nichteinladung zur Delegation nach Berlin. Beifall und Zustimmungsrufe von den prächtig in rot gekleideten Herero-Damen im Publikum.

Gebraucht haben die Ignorierungsversuche der Regierung vorderhand wenig: *Air Namibia* hat die Reisekosten für Rukoro und sein Gefolge bezahlt, und die Klage der OTA und radikaler Nama-Gruppen gegen die BRD ist vor einem Bezirksgericht in New York anhängig, wenn auch nicht unbedingt mit Chance auf Erfolg.

Im Hintergrund steht die Frage: Wem sollen allfällige Reparationszahlungen zugute kommen, dem nationalen Budget oder den Traditional Authorities? Denn ob die vielzitierten betroffenen Communities davon profitieren würden, steht ohnehin auf einem anderen Blatt.

Johannes Isaack, der Kapitän der *Nama Traditional Association*, legt den Schwerpunkt seiner Rede demgegenüber auf ein weiteres Thema, nämlich den Verlust von Grund und Boden durch die deutsche Kolonialpolitik. Die im Oktober bevorstehende Landkonferenz müsse Schritte zur Restitution dieser *ancestral lands* setzen, wolle sie nicht in eine zweite Berliner Konferenz ausarten. In Berlin hatte 1884/85 der Auftakt zur europäischen Aneignung großer

Teile Afrikas stattgefunden. Der Hintergrund: Vielfach profitieren Farmer aus dem Norden von den vereinzelt Maßnahmen der Landreform im Süden, kaum jedoch die lokale Bevölkerung.

Und schließlich noch die BRD: Jahrelangen Bemühungen von Exil-Namibier/inne/n und Solidaritätsgruppen ist es zu verdanken, daß sich der prinzipielle Widerstand des deutschen Rechtskartells gegen jede Diskussion kolonialer Schuld mittlerweile aufgeweicht hat. Immerhin sieht der Regierungsvertrag der derzeitigen Dreierkoalition in Berlin eine „Aufarbeitung des Kolonialismus“ vor, worauf die aus Berlin angereiste stv. Außenministerin Michelle Müntefering (SPD) zu Recht hinweist; von Namibia speziell ist darin jedoch keine Rede.

Auch die deutsche Politikerin beklagt die Grausamkeiten des deutschen Kolonialismus, die „*man heute als Genozid bezeichnen würde, wenngleich es damals diesen Begriff im Völkerrecht noch nicht gab*“, und betont ihr Entsetzen und ihre Trauer. Das entscheidende Wort von der „Entschuldigung“ kommt allerdings auch Müntefering nicht über die Lippen. Selbst die Aktivist/inn/en der Solidaritätsgruppen sind auf Wunsch der deutschen Regierung von der namibischen Botschaft in Berlin von der Feierstunde im Französischen Dom am Gendarmenmarkt ausgeladen worden (Mbumba dankt den NGOs ausdrücklich in seiner Ansprache, andere namibische Redner/inne/n tun dies nicht). Zu groß ist die Angst in Deutschland, mit analogen Reparationsforderungen wie in Sachen Holocaust konfrontiert zu werden.

Vizepräsident Mbumba bekennt sich in seiner Rede denn auch höflich zu einer Weiterführung des Dialogs über „*Anerkennung, Entschuldigung und Wiedergutmachung (acknowledgement, apology and reparation)*“. Kein böses Wort, sondern Umarmungen für Frau Müntefering und das Abspielen der deutschen Hymne, bei der sich erstaunlicherweise etwa ein Drittel der Anwesenden von den Sitzen erhebt. Immerhin hat Deutschland – teils die Regierung, teils die Evangelische Kirche – den Großteil der Kosten für die riesige namibische Delegation und den Rücktransport der Gebeine übernommen. Weitere Restitutionen sind in Aussicht gestellt, voraussichtlich 2019 die beim Massaker von Hornkranz 1893 geraubte Bibel des Hendrik Witbooi, die sich derzeit in Stuttgart befindet.

Müntefering hat in Namibia Freunde gefunden, sagt sie, und das ist doch schön. Vielleicht kann sie in Berlin aber noch ein bißchen mehr in Richtung effektiver Vergangenheitsbewältigung tun.

Attentate im Norden

Ende 2017 traten im Nordosten von Moçambique islamistische Gruppen in Erscheinung. Seither wurden bei Angriffen auf Dörfer und Sicherheitskräfte bereits Dutzende Menschen getötet. Von Simon Loidl.

Der islamistische Terror ist in Moçambique angekommen. Während der vergangenen Monate kam es immer öfter zu Anschlägen in der nordöstlichen Küstenregion des Landes. Mitte Juni griffen Bewaffnete an mehreren Tagen in unterschiedlichen Dörfern Häuser, aber auch eine Militärbasis an und töteten Zivilisten wie Soldaten. Bereits in den Monaten zuvor war es zu vereinzeltten Angriffen und Gefechten zwischen bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften gekommen.

Der erste und besonders spektakuläre Zwischenfall ereignete sich am 5. Oktober 2017, als eine bewaffnete Gruppe die Stadt Moçimboa da Praia besetzte. Es kam zu zwei Tagen andauernden Gefechten zwischen den Angreifern und Sicherheitskräften, bei denen zwei Polizisten, 14 Angreifer und eine Person aus der Ortschaft getötet wurden. Die Attacke blieb kein Einzelereignis. Bereits wenige Tage später wurden Polizeieinheiten auf einer Überlandstraße in der Region angegriffen. Auch bei dieser Auseinandersetzung wurden mehrere Menschen getötet – nach Medienberichten starben drei der Angreifer und ein Polizist. Mitte Mai dieses Jahres fand in dem Küstendorf Ilala im Bezirk Macomia eine weitere Attacke statt, nur wenige Tage später griffen mehrere Bewaffnete einen Bus an.

Der Staat schien zunächst etwas zögerlich auf die Attentate zu reagieren. Nach den gehäuften Angriffen im Juni eröffnete die Armee schließlich

ein eigenes Operationskommando für die Bezirke Macomia und Quissanga, wie der britische Moçambique-Experte Joseph Hanlon im Juli in seinem monatlichen Newsletter zu Entwicklungen in dem südostafrikanischen Land berichtete.

Bis Ende Juli zählte die Nachrichtenplattform *Zitamar News* mehr als 40 Attentate – alle in der Küstenprovinz Cabo Delgado im Norden des Landes. Die Angriffe wurden dem Historiker Eric Morier-Genoud zufolge „von einer Gruppe lokaler junger Muslime durchgeführt“. Diese haben bereits 2014 in Moçimboa da Praia eine Sekte gegründet, die als „Al-Shabaab“ bekannt sei, so Morier-Genoud in der Onlinezeitschrift *The Conversation*. „Al-Shabaab“ bedeutet übersetzt einfach „die Jugend“ – eine Verbindung zu der somalischen Organisation „Harakat al-Shabaab al-Mujahideen“, ebenfalls bekannt als „Al-Shabaab“, ist bislang nicht bekannt. Laut Morier-Genoud gibt es auch sonst keine direkten Verbindungen zu islamistischen Organisationen anderer Länder. Vielmehr dürfte es sich um ein lokales Phänomen handeln: „Die Gruppe kontrolliert zwei Moscheen in der Stadt und rief ihre Anhänger dazu auf, ihre Kinder nicht weiter in säkulare Einrichtungen wie staatliche Schulen und Krankenhäuser zu schicken“, so der Historiker.

Das militante Auftreten islamistischer Gruppen ist eine für Moçambique neuartige Entwicklung. Bisher war

das Land von derartigen Umtrieben verschont geblieben – im Gegensatz zu anderen Ländern der Region wie etwa dem nördlich von Moçambique gelegenen Tanzania oder dessen Nachbarn Kenya. Beide Länder stehen seit dem Doppelschlag auf die US-Botschaften in Dar-es-Salam und Nairobi im August 1998 im Fokus der Aufmerksamkeit, was Aktivitäten islamistischer Gruppen in Ostafrika betrifft.

Der Islam hat eine lange Tradition in Moçambique. Der überwiegende Teil der muslimischen Bevölkerung, die insgesamt etwa 18 Prozent ausmacht, lebt im Nordosten des Landes. Die größte Religion ist der Katholizismus – etwa 28 Prozent der Menschen bekennen sich zu diesem. Hinzu kommen Anhänger unterschiedlicher protestantischer Kirchen sowie jene traditioneller Religionen. Unter der muslimischen Bevölkerung bekennen sich die meisten zur Sufi-Schule, wie der Historiker Morier-Genoud schreibt. Dabei sei es auch in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen um die religiöse Praxis gekommen: „Es gab Kontroversen in Bezug auf Sufi-Praktiken, Alkohol, Bildung und Kleiderordnung. Es gab jedoch nie Gewalt gegen den Staat.“ Die aktuelle direkte Herausforderung von lokalen Communities und den Sicherheitskräften des Staates führt Morier-Genoud auf die ökonomische Situation in der Region zurück. Dorthin hat das Auffinden „von riesigen Öl- und Gasreserven internationale Konzerne

Zölle statt Entwicklung?

Die globalen Herausforderungen brauchen gemeinsames Handeln und keinen neuen Unilateralismus. Ein „Handelskrieg“ hätte vor allem in den Ländern des Südens viele Verlierer. Von Bernhard Bouzek

Am 1. Juni 2018 löste US-Präsident Donald Trump mit der Verhängung von Einfuhrzöllen von 25% auf Stahl und 10% auf Aluminium eines seiner Wahlversprechen ein. Diese seiner Meinung nach längst überfällige Maßnahme zum Schutz der amerikanischen Autoindustrie wird jedoch weltweit als anachronistischer Aufbau von Handelsschranken kritisiert, weil er nicht nur China, Kanada, Mexiko und die Europäische Union treffen wird, sondern auch massive Auswirkungen auf die Wirtschaft der ärmsten Länder der Welt haben kann. Sollte es tatsächlich zu einem globalen „Handelskrieg“ kommen, der von gegenseitigen Zollschranken, Einfuhrverboten und Strafzöllen gekennzeichnet wäre, käme es laut den Berechnungen der *United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)* zu einer ökonomischen Situation, bei der sowohl Entwicklungsländer als auch hoch entwickelte Staaten unter einer massiven Rezession leiden würden. Unter der Annahme, daß alle Staaten sich an einem weltweiten „Handelskrieg“ beteiligen und alle bi- und multilateralen Handelsverträge gekündigt würden, ergäben sich beispielsweise für die Länder des Südlichen Afrika desaströse Folgen. Gemäß den Kalkulationen von UNCTAD käme das einer Erhöhung der Zölle für Waren aus Angola von 1% auf 7%, aus Botswana von 2% auf 13%, aus Malawi von 6% auf 32%, aus Moçambique von 2% auf 16%, aus Namibia von 1% auf 23%, aus Südafrika von 2% auf 28%, aus Zambia

von 2% auf 11% und aus Zimbabwe von 7% auf beachtliche 55% gleich.

Seit dem Inkrafttreten des *General Agreements on Tariffs and Trade (GATT)* im Jahr 1948 ist das durchschnittliche weltweite Niveau der Zölle um 85 Prozent zurückgegangen. Die Verhandlungen im Rahmen des GATT und ab 1995 unter der Nachfolgeorganisation *World Trade Organization (WTO)* haben seit dem Jahr 1960 den Anteil des Handels am Brutto-Weltprodukt von 24% auf annähernd 60% gesteigert. Die Ausweitung des Welthandels hat zweifellos zu Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und höheren Einkommen beigetragen und innerhalb von zwei Dekaden rund eine Milliarde Menschen aus der absoluten Armut geholt. Auf der anderen Seite sind aber auch nach wie vor ungleiche Wirtschaftsbeziehungen, ein gestiegenes soziales Gefälle sowie Armut und Umwelterstörung vor allem in den Entwicklungsländern Realität. Ein neuer Unilateralismus, wie er von der US-Administration angestoßen wurde ist aber sicher der falsche Weg, um den globalen Herausforderungen bei der Bekämpfung der Armut gerecht zu werden und an der Erreichung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu arbeiten.

Die 17 *Sustainable Development Goals (SDGs)*, zu deren Umsetzung sich 193 Regierungen im September 2015 im Rahmen der Vereinten Na-

tionen verpflichtet haben, beabsichtigen nicht weniger als das Ende der globalen Armut bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Daß die gemeinsamen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft etwas bewirken können, zeigt der Blick auf die Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele. Zwischen 2000 und 2015 wurden bemerkenswerte Fortschritte gemacht und das Leben von Millionen Menschen verbessert. So wurde die extreme Armut um die Hälfte verringert und für mehr als zwei Milliarden Menschen der Zugang zu sauberem Wasser gewährleistet. Unterschiede im Zugang zur Grundschulbildung zwischen Buben und Mädchen wurden in allen Entwicklungsländern reduziert, die Müttersterblichkeit ist weltweit um 44% gesunken. Trotz aller Fortschritte gibt es bis zum Ende der Laufzeit der SDGs noch viel zu tun: Noch immer lebt jeder achte Mensch auf dieser Erde in extremer Armut, und sechs Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben jährlich an vermeidbaren Krankheiten. Rund 800 Millionen Menschen leiden an Hunger, und zwei Milliarden

SDGs als Chance

Menschen sind durch Wasserknappheit bedroht. Was den internationalen Handel betrifft, so gibt das Ziel 17 „Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen“ hier einige positive Vorgaben. Das Unterziel 17.10 beabsichtigt „ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes

multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation zu fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha“. Das Unterziel 17.11 fordert, „die Exporte der Entwicklungsländer deutlich zu erhöhen, insbesondere mit Blick darauf, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten bis 2020 zu verdoppeln“. Und unter dem Aspekt der von den USA verhängten Strafzölle wäre speziell das Unterziel 17.12 nicht umsetzbar, „die rasche Umsetzung des zoll- und kontingentfreien Marktzugangs auf dauerhafter Grundlage für alle am wenigsten entwickelten Länder im Einklang mit den Beschlüssen der Welthandelsorganisation zu erreichen, unter anderem indem sichergestellt wird, daß die für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern geltenden präferenziellen Ursprungsregeln transparent und einfach sind und zur Erleichterung des Marktzugangs beitragen.“

Um die Umsetzung der SDGs, auch Agenda 2030 genannt, in Afrika koordiniert voranzutreiben, wurde im Rahmen der Agenda 2063 der Afrikanischen Union die multilaterale Organisation *Sustainable Development Goals Center for Africa (SDGC/A)* mit Sitz in Kigali, Rwanda, im Juli 2016 gegründet (www.sdgcafrica.org). Viele afrikanische Staaten, wie zum Beispiel die Republik Südafrika, haben bereits nationale Umsetzungspläne zur Erreichung der SDGs ausgearbeitet.

Sollte der von US-Präsident Donald Trump ausgerufenen neue Unilateralismus tatsächlich in einen globalen „Handelskrieg“ münden, wären die Anstrengungen der Weltgemeinschaft zur Beseitigung der Armut mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt.

Vienna Institute for Dialogue and Cooperation (VIDC) and Southern Africa Documentation and Co-operation Centre (SADOCC) kindly invite you to

A dialogue conference within the framework of the Austrian Presidency of the European Union

26-27 November, 2018

Inequality. A Challenge for African-European Cooperation

Haus der EU, Wipplingerstraße 35, 1010 Vienna

The conference aims to look at relations between the European Union and Africa under the perspective of inequalities both between and within these two regions and to explore answers to questions: What are the current trends in and drivers for income and wealth inequalities within the African-European context? Is transnational solidarity an effective means to reduce inequalities and promote social justice? With regards to the ongoing negotiations about the Post-Cotonou Agreement, what could be an adequate institutional response to tackle existing and growing inequalities?

„Inequality – A Challenge for African-European Cooperation“ continues the longstanding Austrian tradition of North-South dialogue and builds on the Europe-Southern Africa Conference convened by the same organisers under the first Austrian EU Presidency in 1998. The main objective of the conference is to highlight the issue of inequality within the African-European relations.

Speakers will include:

Pravin Gordhan, Minister of Public Enterprises of the Republic of South Africa, Pretoria

Léo Czajka, Paris School of Economics, World Inequality Lab

Marie Roger Biloa, journalist, CEO Africa International Media Group, Paris

Najatte Kaaouis, Africa-Europe Diaspora Development Platform, Brussels

Geert Laporte, Deputy Director of The European Centre for Development Policy Management (ECDPM), Maastricht

Akhator Joel ODIGIE (tbc), International Trade Union Confederation / ITUC-Africa, Nigeria

Representatives European Commission and civil society (tbc)

Representatives African institutions and civil society (tbc)

Further information: office@sadocc.at

Afrika lehnt EU-Flüchtlingslager ab



Von Adalbert Krims

Das Thema Flüchtlinge dominiert in den letzten Jahren zunehmend die Innenpolitik zahlreicher EU-Staaten und nimmt auch innerhalb der EU-Institutionen immer mehr an Bedeutung zu. Mit dem Versprechen, die Flüchtlingsströme abzuwehren, werden Wahlen gewonnen. Als „Lösung“ werden immer wieder „Auffanglager“ (oder „Ausschiffungsplattformen“) in Nordafrika oder der Sahel-Region gefordert. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz betont gerne, daß er diese Forderung schon seit Jahren erhebe, aber früher nie gehört worden sei. Inzwischen habe er sich aber in der EU damit durchgesetzt. Nach der „Schließung der Balkanroute“ müsse nun auch die „Mittelmeer-Route“ geschlossen werden. Kurz kann immerhin darauf hinweisen, daß der letzte EU-Gipfel Ende Juni dieses Jahres in Brüssel eine Absichtserklärung beschlossen hat, in der nicht nur der verstärkte Außengrenzschutz, sondern auch der Aufbau von „Anlandezentren“ in Nordafrika enthalten sind. Wie diese funktionieren und vor allem, wo sie sich genau befinden sollen, das haben die Staats- und Regierungschefs offengelassen. Allerdings ging die innenpolitische Debatte in den europäischen Ländern weiter – und dabei wurden auch verschiedene Staaten als Standorte für solche Lager ins Spiel gebracht: von Ägypten über Libyen und Tunesien bis zu Niger. Auch Algerien und Marokko wurden genannt.

Was bei dieser Diskussion aber nur selten erwähnt wurde, ist, daß nicht nur alle genannten Staaten solche Zentren auf ihrem Gebiet strikt ablehnen, sondern daß unmittelbar nach dem Brüsseler „Migrationsgipfel“ auch das 31. Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) stattfand, das sich erneut gegen EU-Asylzentren in afrikanischen Drittländern aussprach. Der amtierende Vorsitzende der AU, der rwandische Präsident Paul Kagame, verlangte von der EU „Respekt für Beschlüsse der Afrikanischen Union“, deren „geeinte Stimme ... einzelne Länder von Druck und Manipulation“ schützt. Der Gastgeber des Gipfels, der mauretanische Staatschef Mohammed Ould Abdel Aziz, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Sa-

hel-Region nicht nur mit Sicherheitsproblemen zu kämpfen habe, sondern auch mit Dürre, Armut, Arbeitslosigkeit und illegalem Handel. Und er erwähnte unter anderem, daß die Flüchtlingsströme von Afrika in die EU auch eine „Folge der Zerstörung Libyens durch westliche Angriffe“ seien.

In einem Vorbereitungspapier des AU-Gipfels wurde betont, daß die Migration erst von „transnationalen kriminellen Netzwerken in eine milliardenschwere kriminelle Industrie“ verwandelt worden sei. Afrikas Antwort darauf müsse „verstärkte Koordinierung und Kooperation“ im Migrationsmanagement sein, „ein attraktives Umfeld und Chancen insbesondere für Jugendliche auf dem Kontinent“ sowie – und dies in Zusammenarbeit mit EU und UNO – „die Rettung und der Schutz des Lebens von Migranten und Flüchtlingen“. Worum es der AU also geht, ist, die Migrationsproblematik umfassend zu betrachten und auf internationaler Ebene – auch gemeinsam mit der EU – Lösungen im partnerschaftlichen, gleichberechtigten Dialog zu suchen. Dazu gehört vor allem die Bekämpfung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Fluchtursachen, was nicht nur ein verstärktes Engagement und eine bessere Zusammenarbeit der afrikanischen Ländern erfordert, sondern auch ein verstärktes – auch finanzielles – Engagement der internationalen Staatengemeinschaft im allgemeinen und der Europäischen Union im besonderen. Die afrikanischen Staaten wollen jedenfalls nicht als bezahlte Büttel der Europäer agieren, um Migrationsbewegungen zu stoppen und damit der EU ein lästiges politisches Problem vom Hals zu schaffen. Daß die AU sich aber durchaus ernsthaft den Fragen von Flucht und Migration stellen will, zeigt auch die Wahl des Mottos für 2019: „Year of Refugees, Returnees and Internally Displaced Persons in Africa: Towards Durable Solutions to Forced Displacement“.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Past, Present and Future

Eine transnationale Konferenz zu kulturellem Erbe in Namibia suchte neue Wege des Umgangs mit historischen Sammlungen. Sophie Schasiepen berichtet aus Windhoek.

Vom 28. bis 30. August sprachen über 50 Personen von unterschiedlichen Aspekten kulturellen Erbes an der *University of Namibia (UNAM)* in Windhoek. Organisiert wurde das Ganze von der *Museums Association of Namibia (MAN)*, der *UNAM* und dem *Zentrum für Afrikastudien Basel*, mit Unterstützung der *Carl Schlettwein Stiftung*. Besonders



Blick in die Konferenz

beeindruckend war die Bandbreite der sich zum Teil widersprechenden Standpunkte und der dabei stets respektvolle und kritische Umgang miteinander.

Vor fast fünfzehn Jahren, anlässlich des hundertsten Jahrestags des Genozids an Herero und Nama durch die deutsche ‚Schutztruppe‘, hat es das letzte Mal eine internationale Heritage-Tagung in Namibia gegeben. Dieses Jahr stand die Konferenz wieder im Licht der Aufarbeitung des kolonialen Vernichtungskrieges. Zeitgleich zu den Veranstaltungstagen wurden das dritte Mal *ancestral remains* aus anthropologischen Sammlungen in Deutschland nach Namibia zurückgeführt, die während der kolonialen Besetzung angeeignet worden waren (s. S. 13).

Der heurigen Konferenz sind zudem bahnbrechende internationale Entwicklungen der letzten Jahre vorangegangen. Wie Ciraj Rassool in seiner Eröffnungsrede zu den anschließenden Museumsdialogen des *Goethe-Instituts* in Windhoek in Erinnerung rief, sind Emmanuel Macrons

Aufruf zur Restitution afrikanischen Kulturerbes aus französischen Sammlungen nach Afrika, geäußert bei einer Rede in Ouagadougou (Burkina Faso) im November 2017, die intensiven Debatten um ethnographische Sammlungen in Deutschland – die von einer erstarkenden Diskussion des deutschen Kolonialismus und damit nicht zuletzt von den namibischen Einforderungen zur Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte beeinflusst sind – und die Eröffnungen des *National Museum of African American History and Culture* und des *National Lynching Memorial* in den USA Zeichen einer sich um Umbruch befindenden Museumslandschaft. Auch die transnational vernetzten Bewegungen gegen koloniale und Gewaltherrschaft verherrlichende Denkmäler der letzten Jahre (*#rhodesmustfall*, *#confederatemonuments*) zeigten ihren Einfluß in den Präsentationen.

Die diesjährige Tagung schien zu neuen Verbindungen zwischen Akteur/inn/en in verschiedenen Regionen beitragen zu können. Einige Vortragende waren nach Windhoek gekommen, weil sie die namibischen Sammlungen der sie beschäftigenden Institutionen in Europa neu gestalten möchten. Einige betonten, daß Namibia legitimer Erbe der Sammlungen ist, unabhängig von der Art ihrer Aneignung. Damit verbunden ist der Wunsch nach geteilter Verantwortung, Kontrolle und Definitionsmacht. Inwiefern die Tagung dazu beitragen konnte, daß sich hier in naher Zukunft mehr bewegt, muß sich zeigen. So meinte etwa Jonathan Fine vom *Ethnologischen Museum* in Berlin, daß die Sammlungen zugleich Arbeit in Deutschland zu leisten haben. Es müsse verhindert werden, daß sich Deutschland dieses



Jeremy Silvester (Museums Association of Namibia) und Jesmael Mataga (Univ. Kimberley)

schwierigen Erbes einfach entledige. Auch Sandra Ferracuti vom *Linden-Museum Stuttgart* sucht neue Strategien, mit denen die Afrika-Sammlungen eine für heutige Debatten relevante Rolle einnehmen können. Zu hoffen ist, daß diese Gespräche individuell bzw. als Teil der von MAN initiierten *Africa Accessioned Initiative* weitergeführt werden.

Dieses Projekt versucht über direkten Kontakt zu europäischen Sammlungen herauszufinden, wo welches kulturelle Erbe aus Botswana, Namibia, Zambia und Zimbabwe zu finden ist. Dabei geht es in erster Linie um eine Bestandsaufnahme und die Zugänglichkeit der Sammlungen. Giorgio Miescher von der Universität Basel mahnte an anderer Stelle ein, daß Restitutionsen unbedingt mit infrastruktureller und finanzieller Unterstützung einhergehen müßten. Es könne nicht sein, daß europäische Institutionen es nun als zu wenig profitabel einschätzten, diese Sammlungen weiter instand zu halten, und es sich mit Rückgaben leicht machten.

Larissa Förster, Dag Henrichsen und Hans ≠Eichab stellten Forschungen zu einer Grabschändung in „Deutsch-Südwestafrika“ im Jahr 1884 vor. Im kolonialen Archiv finden sich außergewöhnlich detaillierte Informationen zum Raub der Gebeine von Jacobus Hendricks, Jacobus !Garisib und Oantab. Chief ≠Eichab konnte die Genealogien der Verstorbenen und die Nachwirkungen des Raubes durch mündliche Überlieferungen präzisieren. In beiden Narrativen ist der Protest der Tochter von Jacobus Hendrick dokumentiert, die erwirken konnte, daß ihr zumindest der Schädel ihres Vaters zurückgegeben wurde. In der mündlichen Überlieferung wird jedoch betont, daß sie nicht sicher sein konnte, wessen Schädel sie erhielt. Die weiteren sterblichen Überreste befinden sich in der Sammlung der *Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte*. Die Vortragenden hoffen eine Rückgabe erwirken zu können.

Es kam auch zu spontanen Zusammenarbeiten vor Ort. Eine lebhafteste Debatte folgte auf das Panel zu immateriellen Aspekten kulturellen Erbes. Hertha Bukasa vom Bildungsministerium der Otjozondjupa-Region sprach über die kulturellen Bedeutungen der traditionellen Herero-Kleider. Laut ihren Forschungen beklagt die ältere Generation, daß jüngere Frauen neue und zum Teil freizügigere Designs entwerfen. Sie plädierte dafür, ältere Formen der Kleider in die Liste des nationalen Kulturerbes aufzunehmen. Daraufhin meldeten sich etliche Teilnehmer/innen zu Wort, um die notwendigerweise dynamischen Prozesse kulturellen Erbes und besonders seiner immateriellen Aspekte zu be-

tonen. Albertina Nekongo vom namibischen Nationalarchiv schlug vor, gerade diese fließende Entwicklung kulturellen



Hertha Bukasa über den Herero-dress

Erbes zu dokumentieren. In ihrer Vision eines zukünftigen Namibia werden auch ethnische Zugehörigkeiten verschwinden, nicht zuletzt weil die meisten Namibier/innen in mehrere Zugehörigkeiten hineingeboren werden. Auch wurde in der anschließenden Diskussion Wissen über vorkoloniale Kleidung der Herero ausgetauscht, und es gab Hinweise darauf, daß diese in mehreren deutschen Sammlungen und, in Form von Fotos, auch im namibischen Nationalarchiv dokumentiert ist.

Die Beiträge von Nelago Shilongoh, Memory Biwa und Regina Sarreiter, Vitjitua Ndjiharine, Nashilongweshipwe Mushaandja, Ndeenda Shivute und Nikhita Winkler stellten künstlerische Ansätze zur Erweiterung, Störung und Neu-Interpretation von (kolonialen) Archiven und der Fortführung kulturellen Erbes vor. Nelago Shilongo hinterfragte die öffentliche Darstellung des Curt-von-François-Denkmal in Windhoek als „unbedeutend“ und widersprach der Beschreibung François' als Gründer Windhoeks und Swakopmunds. Dem Monument als „Kapsel patriarchaler Macht“ setzte sie ihre eigene Position als Schwarze Frau entgegen, um zu thematisieren, wem die Stadt Windhoek kollektiv gehöre.

Ndeenda Shivute stellte widerständige künstlerische Positionen in Namibia und dem Südlichen Afrika vor, so das *Medu Art Ensemble*, das *Kaleni Theatre Lab*, das *iQhiya Collective* und John Muafangejo. Sie rief dazu auf, mehr Aufmerksamkeit und bessere Dokumentationen sowohl aktueller als auch historischer Künstler/innen aus der Region zu schaffen. Nashilongweshipwe Mushaan-



Vitjitua Ndjiharine sprach zur visuellen Geschichte des Genozids

djas wies auf die gewaltvollen Exklusionen in kolonialen Archiven hin, die zugleich ableistische, klassistische, heteronormative, suprematistische Archive seien. Aufgrund dieser Geschichte und ihrer fortwährenden Exklusionen beschreibt er zeitgenössische *black boxes* und *white cubes* als Konzentrationslager. Dieser Vergleich rief keine Interventionen hervor. Sein Aufruf zum *Queeren* des Archivs wurde sehr begrüßt. In einem konkreten Beispiel für solch eine Leseweise stellte er eine Photographie einer Schwarzen Arbeiterin in Namibia aus dem Archiv des *Ethnologischen Museums* in Hamburg vor, die in männlich konnotierter Pose eine Rauchpause einlegt. In Mushaandjas Interpretation



Traditionalist PaPa Shikongeni

handelt es sich um eine queere Person, die einen Joint raucht und dem Fotografen ein „Fuck you“ kommuniziert.

Wissenshierarchien wurden von PaPa Shikongeni, Künstler und Lektor am *College of the Arts Windhoek*, und Sem Shikongo vom *Ministerium für Umwelt und Tourismus* angesprochen. Die „Universität des Feuers“, an der Shikongeni das Wissen seiner Großmütter weitergegeben bekommen habe, sei dem westlichen Wissen vorzuziehen. Shikongo und Shikongeni betonten die Notwendigkeit, vorkoloniales

Wissen zu rekonstruieren und zu bewahren, nicht zuletzt, da zu dieser Zeit Afrika in Einheit und Frieden gelebt habe. Dabei erschienen die Begriffe „afrikanisch“ und „europäisch“ als sich gegenseitig ausschließende Entitäten. Goodman Gwasira von der UNAM und Njabulo Chipangura vom *Mutare Museum* sprachen als Archäologen von den Schwierigkeiten und Potentialen ihrer Disziplin bei der Zusammenarbeit zwischen „formell“ und „informell“ Geschulten und wiesen so in anderer Weise auf Wissenshierarchien hin.

Als „running gag“ entwickelte sich während der Konferenz das Prinzip der „Ladies First“ bei den an die Präsentationen anschließenden Diskussionen, nachdem eine Teilnehmerin ein rein männlich besetztes Panel kritisiert hatte. Etwas unklar blieb die Frage des Zugangs zur Konferenz. Aufgrund der bereits im Vorfeld über 100 registrierten Sprecher/innen und Teilnehmer/innen blieb eine breitere

Bewerbung nach Fertigstellung des Programmes wegen logistischer Bedenken aus. Studierende der UNAM waren als Assistent/innen und Vortragende präsent, doch schien die Anzahl der Anwesenden angesichts der Seltenheit einer solch großen Konferenz in dem Bereich gering.

Oft war die Rede davon, daß neue Synergien und mehr institutionelle Unterstützung im kulturellen Feld Namibias dringend notwendig sind. Besonders diejenigen, die in kleinen Regionalmuseen und *heritage sites* arbeiten, leben meist unter sehr schlechten ökonomischen Bedingungen. Daran knüpften sich Diskussionen um gegenseitige Bereicherungen von Tourismus und kulturellem Erbe sowie den Risiken ihrer Zusammenführung. Benett Kangumu, Vorsitzender des *National Heritage Council in Namibia*, führte zu Beginn der Konferenz aus, welchen Herausforderungen sich der Heritage-Sektor in Namibia gegenüber sieht. Es sei notwendig, Museen und *heritage sites* unter den gleichen Gesetzen zusammenzuführen. Dabei müsse immaterielles kulturelles Erbe mehr Anerkennung erfahren und der aktuelle gender- und geographische Bias des Feldes überwunden werden. Zudem sei daran zu arbeiten, daß es nicht nur ein zentrales, nationales System zur Anerkennung kulturellen Erbes gebe, sondern ein differenziertes System, das die Anerkennung lokaler Kultur erlaubt. Auch er betonte die Notwendigkeit von Ansätzen wie der *Public Private Partnership*, um die ökonomische Situation vor allem auf dem Land zu verbessern.

Es wurde zudem deutlich, wie unzureichend ein nationaler Fokus in der Arbeit am kulturellen Erbe der Region ist. So betonte etwa Winani Kgwatalala vom *Botswana National Museum*, daß es mehr transnationale Zusammenarbeit im Südlichen Afrika geben müsse. Toll wäre es gewesen, wenn es in diesem Sinne Zeit gegeben hätte, eine Art gemeinsame Absichtserklärung der an der Konferenz beteiligten Institutionen und Orte zu entwerfen. Es schienen tatsächlich historische Diskussionen zu sein, die Ende August in Windhoek geführt wurden, und es bleibt zu hoffen, daß sie viele praktische Folgen haben werden.

Sophie Schasiepen dissertiert bei Prof. Ciraj Rassool an der *University of the Western Cape* in Kapstadt.

Die *Museums Association of Namibia* (www.museums.com.na) ist die Vereinigung der Museen in Namibia, eine Nichtregierungsorganisation, die vom Kulturministerium und den Botschaften von Finnland, Großbritannien und der BRD unterstützt wird.

La Gacilly meets Africa

Baden als Schauplatz eines fotografischen Spektakels

Von Juni bis September 2018 wurde Baden bei Wien in ein virtuelles Museum verwandelt. Unter dem Motto „I Love Africa“ bot sich den Menschen eine beeindruckende Bilderwelt unter freiem Himmel. Ziel war es, ein Bewußtsein für Mensch, Tier und Umwelt zu schaffen und den afrikanischen Kontinent zu beleuchten. Eine konventionelle Ausstellung zu Afrika oder der Versuch, Stereotypen zu überwinden? Von Kerstin Lahr.

In Baden wurde der öffentliche Raum Ort für künstlerisch inszenierten Fotojournalismus. In Form einer Open Air-Galerie zierten bis zu 300 Quadratmeter große Bilder Gassen, Gärten, Fassaden und Plätze auf einer Länge von fast 5 Kilometern. Umgeben von rund 2000 Fotografien von 35 internationalen Fotograf/inn/en konnte der/die Besucher/in in die Welt Afrikas eintauchen. Die Ausstellung war für alle Besucher/innen kostenlos.

Benannt ist das weltweit größte Fotofestival nach der kleinen französischen Gemeinde La Gacilly in der Region Bretagne in Frankreich, dem Geburts- und Heimatsort von Yves Rocher. Er war bekannt für sein 1958 gegründetes, heute noch florierendes Kosmetikunternehmen, basierend auf biologischen pflanzlichen Produkten, sowie sein soziales Engagement für den Erhalt und Schutz unseres Planeten.

Sein Sohn Jacques Rocher organisierte 2004 erstmalig das gigantische, nun alljährlich stattfindende Open Air-Fotofestival in La Gacilly unter dem Motto *Mensch und Umwelt*. Eindrucksvolle Bilder in überdimensionaler Größe auf Fassaden von Gebäuden sollten den Menschen die Schönheit unseres Planeten näher bringen und ein Bewußtsein für Umweltschutz stiften.

Nun „wanderte“ das größte Fotofestival erstmalig und zeigte die im Vorjahr in La Gacilly organisierte Ausstellung „I Love Africa“ im Kurort Baden. Hauptfokus lag auf der Umweltthematik sowie den sich nach und nach verändernden Beziehungen zwischen Mensch und Tier. Ein zentrales Thema in einer Zeit, in der unsere Ökosysteme gefährdet und gerade in Afrika viele Tierarten vom Aussterben bedroht sind. Mit ihren Werken wollen die Künstler/innen auf die verheerenden Folgen von menschlichen Einflüssen auf unseren Planeten aufmerksam machen.

Die beeindruckende und gleichzeitig emotionale Bilderreihe „Ausrottung“ des südafrikanischen Fotojournalisten Brent Stirton zeigt die Vielfalt der afrikanischen Tierwelt und macht auf die Wilderei und Großwildjagd aufmerksam. Die illegale Jagd aus finanziellen, rituellen oder religiösen Gründen gehört, ebenso wie der Handel mit Menschen, Drogen und Waffen, zu den lukrativsten Geschäften der organisierten Kriminalität und führt nach und nach zum Aussterben besonderer Tierarten, die Teil unseres Welt-erbes sind.



Angelo Soliman – Installation von Omar Victor Diop

Auch der Wert eines Tieres an sich wurde beleuchtet. In seiner einzigartigen „Parade der Bauernhoftiere“ widmet sich der amerikanische Fotograf Rob MacInnis jenen Tieren, die vorwiegend als Nahrung angesehen werden und por-

.... bücher

Godfrey Kanyenze / Herbert Jauch / Alice D. Kanengoni / Masego Madzwamuse / Deprose Muchena (Hg.), **Towards Democratic Developmental States in Southern Africa** (Harare 2017). 361 S.

Internetveröffentlichung: http://www.osisa.org/sites/osisa.org/files/publications/towards_a_developmental_state_final.pdf



Das Buch wurde während des SADC People's Summit im August 2017 in Johannesburg einem breiten Publikum aus verschiedenen Ländern der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) vorgestellt. Es geht von der Feststellung aus, daß das 21. Jahrhundert für subsaharische Ökonomien vielversprechend begann. Für einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren erreichten viele Staaten Afrikas ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent und mehr. Armut, Ernährungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten sind trotzdem immer noch allgegenwärtig. Eine strukturelle Transformation afrikanischer Ökonomien hat nicht stattgefunden. Sie ist auch von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht zu erwarten. Strukturelle Transformation setzt einen Staat voraus, der sich dieser verschreibt und die er auf demokratischem Wege durchsetzt. Das Buch greift die Frage auf, inwieweit die Länder des Südlichen Afrika Eigenschaften demokratischer und entwicklungsorientierter Staaten aufweisen. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die dazu gehörigen Kriterien zu erfüllen? Außer mit Südafrika, Botswana, Namibia und Zimbabwe setzt es sich auch mit Angola und Malawi auseinander.

Die Hauptfrage, die sich in diesem Buch wie ein roter Faden durchzieht: Warum schaffen es die demokratischen Post-Apartheid- und Postunabhängigkeitsregime im Südlichen Afrika nicht, die Bevölkerung aus der Armut zu ziehen? Stattdessen leben im regionalen Durchschnitt 45% unterhalb der Armutsgrenze, während die Region den traurigen Rekord aufstellt, vier der zehn ungleichsten Länder der Welt zu beheimaten: Seychellen, Namibia, Südafrika und Zambia. Für **Herbert Jauch** ist eine der plausibelsten Erklärungen dafür, daß sich der Staat in diesem Teil der Welt „zurückgezogen“ hat, um dem Geist des „Washington Consensus“, den Kräften des Marktes den Vortritt zu

lassen. Von diesen ist bekanntlich keine Umverteilung nach unten, sondern nach oben zu erwarten. Diese Erfahrung haben vor Namibia auch andere afrikanische Länder nach der Unabhängigkeit gemacht.

Deswegen richtet das vorliegende Buch seinen Blick etwa auf Staaten Südostasiens, von denen das Südliche Afrika wichtige Lektionen lernen kann. Diese bestehen im Wesentlichen darin, den Mut aufzubringen, Widerstand gegen internationale Finanzinstitutionen zu leisten, wenn es notwendig ist. Die ostasiatischen Länder taten dies, indem sie die öffentliche Hand ins Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik rückten. Dies ermöglichte es etwa Taiwan und Südkorea, eine radikale Landreform, oder Singapur, ein Hausbauprogramm durchzuführen, welches zur Überwindung der Armut und zur Reduzierung der Ungleichheiten beitrug. Diese Staaten hatten es verstanden, die lokalen Märkte zu schützen, die Bürokratie zuverlässig zu gestalten und Wirtschaftswachstum direkt in den Dienst der Reduzierung ökonomischer Ungleichheiten zu stellen. Kurzum: Sie hatten eine entwicklungsorientierte ideologische Ausrichtung. Von ihnen ist zu lernen, den sozialen und demokratischen Faktor in Einklang bringen. Dies setzt den Entwurf von partizipativen Formen von Demokratie voraus. Eine solche Option für Umverteilung und Überwindung von Armut kann jedoch nur durch Druck von unten, von sozialen Bewegungen Gestalt annehmen. Zu viele Sorgen um Investoren und deren Wünsche in einem Kontext fehlender Vision bei den Regierenden führen jedoch nicht zu diesem Ziel.

Boniface Mabanza (KASA, Heidelberg)

Sonja Malzner / Anne D. Peiter (Hg.), **Der Träger. Zu einer „tragenden“ Figur der Kolonialgeschichte** (Bielefeld, transcript Verlag, 2018). 389 S.

Das Trägerpersonal der kolonialen Expeditionen hat derzeit offenbar Konjunktur. Hatte es zunächst (zumindest im deutschen Sprachraum) jahrelang Funkstille bei diesem Thema gegeben, so erscheinen im heurigen Jahr gleich zwei umfangreiche Studien: neben dem Buch von Volker Matthies (INDABA97/18) der vorliegende Sammelband, der allerdings von Ersterem keine Notiz nimmt. Akademische Rivalität? Oder nur produktionsbedingtes Mißgeschick?

Wie auch immer – ein Dialog der beiden hätte zweifellos gut getan, bleibt doch der Eindruck von **Malzner/Peitners** Band einigermaßen zwiespältig. Sicher ist es jedenfalls erfreulich, wenn das in Teilen der Öffentlichkeit immer noch vorherrschende Bild vom berühmten Entdeckungsreisen-

den, der völlig auf sich allein gestellt durch fremde Länder gezogen oder über Ozeane gesegelt sei, relativiert wird. Weiters ist als positiv zu vermerken, daß die Beiträge (wie schon bei **Matthies**) regional breit gestreut sind und sich nicht nur, wie häufig, auf Ostafrika beschränken, sondern das gesamte subsaharische Afrika und auch das koloniale Südamerika abzubilden versuchen. So kommt beispielsweise (in einem Beitrag von **Marianne Zappen-Thompson**, S. 317 ff.) auch Deutsch-Südwestafrika zu seinem Recht. Erfreulich auch, daß mehrere afrikanische Autor/inn/en gewonnen werden konnten.

Freilich – die Forschungszugänge sind sehr unterschiedlich, neben Überblicksdarstellungen stehen eng begrenzte Fallstudien, neben sozialhistorischen Aufsätzen finden sich literatur- oder mediengeschichtliche Texte zur Rezeption des Trägerwesens, insgesamt eher eine interessante Blütenlese als eine stringente Gesamtschau. Die Herausgeberinnen, in ihrer Einleitung (S. 11 ff.) offensichtlich mehr an den kultur- und weniger an den sozialhistorischen Zugängen interessiert, bieten eine solche Gesamtschau kaum, ebensowenig **Anne Peitners** „*methodisch-theoretische Überlegungen zur Geschichte des kolonialen Trägerwesens*“ (S. 33 ff.). Daß ihr Aufsatz vom Bericht über eine Fotoausstellung an der *Universität von La Réunion* gefolgt wird (**Pauline Grebert**, S. 49 ff.), ist für mich nicht nachvollziehbar und wird auch durch die Überschrift dieses ersten großen Abschnitts („Theorie und Praxis“) nicht schlüssiger.

Immerhin ist Österreich-Ungarn durch einen ausführlichen Beitrag von **Clemens Gütl** über die Kmunke-Expedition und den als „Kilimandscharo“ bekannten Träger/Diener Mori Duise aus dem heutigen Kenya (damals Uganda) vertreten (S. 133 ff.). Auch **Andreas Greiner**, der sich v. a. mit dem Widerstand der Träger befaßt (S. 181 ff.), geht am Beispiel Ostafrika u. a. auf Ludwig v. Höhnel ein.

Sekundärliteratur, insbesondere ältere, heranzuziehen, ist für die jüngere Forscher/innen/generation offenbar nicht mehr erforderlich, und so scheint die Verankerung in bisherigen Diskursen zu verschiedenen Themen zum Teil dünn (was gerade bei Diskursforscher/inne/n verwundert). Auch die redaktionelle Betreuung der Herausgeberinnen scheint nicht besonders intensiv gewesen zu sein. Neben dem Fehlen eines Gesamtliteraturverzeichnis, das bei Sammelbänden stets hilfreich ist, ist v. a. der leider rudimentäre Index zu vermerken. Die Gliederung in Abschnitte, die verschiedene Beiträge zusammenfassen, ist positiv, hätte aber eher nach thematischen und nicht nach geographischen Kriterien erfolgen können.

Walter Sauer

Ehrung für Franz Nuscheler

Zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler, dem langjährigen Direktor des *Institutes für Entwicklung und Frieden* an der Universität Duisburg-Essen sowie Senior Fellow der Johannes Kepler Universität Linz, haben sich Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik in der Festschrift „Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs“ (Debiel 2018) zusammengefunden. Franz Nuscheler ist für sie alle aufgrund seiner wissenschaftlichen Leistungen und seinem unverwechselbaren Engagement als Lehrender eine außergewöhnliche Persönlichkeit.

Franz Nuscheler hat sich in seiner akademischen Laufbahn mit einem vielfältigen Themenspektrum beschäftigt: von Entwicklung und Frieden, Nachhaltigkeit, Menschenrechten, Global Governance bis hin zu dem Dialog der Kulturen. Die Autorinnen und Autoren greifen die aktuelle Debatte der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auf und versuchen – auch in Auseinandersetzung mit den Werken von Franz Nuscheler und inspiriert von diesen – zu neuen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen zu gelangen. Die Verbundenheit des Jubilars zu Österreich zeigt sich darin, daß er seit nunmehr 15 Jahren an der Johannes Kepler-Universität Linz *Global Studies* lehrt. Schmunzelnd bezeichnet er sich selbst als „Halb-Österreicher“.

In diesem Sinne: *Ad multos annos* an den Doyen der internationalen Entwicklungsforschung!

Veronika Wittmann

Johannes Kepler-Universität Linz



Debiel, Tobias (Hrsg) 2018: **Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler.**

Veröffentlichung des Instituts für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, und der Stiftung Entwicklung und Frieden.

Link zur Online-Ausgabe der Festschrift:

https://inef.uni-due.de/index.php?article_id=17&clang=1&pub_id=1812.



Feier zu Mandelas 100er

Wieder in der Seestadt

Als Geburtstagfest gestalteten wir diesmal die SADOCC-Kulturwanderung in der Seestadt in Wien 22. (hier befindet sich nämlich der Nelson Mandela-Platz).

Eine Wanderung wurde es dann letztlich nicht, weil uns zeitweiser Regen und starker Wind zu schaffen machten. Aber die Gastfreundschaft der Buchhandlung „Seeseiten“ ermöglichte es, das vorgesehene Programm (Regie: Marlene Wagner) im Trockenen abzuwickeln. Dichtgedrängt zwischen Bücherwänden den faszinierenden Darbietungen von African Highlife, Jules Mekontchou, La Source du Salut, dem Ensemble Seestimmen und von Vusi Mkhaya zu folgen, hatte auch seinen großen Reiz!

Als Ehrengäste begrüßten wir u. a. Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy, Gerhard Schuster (Geschäftsführer wien3420), Christine Spiess (Stadtteilmanagement As-

pern-Seestadt) und den früheren Gemeinderatsvorsitzenden Godwin Schuster. Altbundespräsident Heinz Fischer hatte eine Videobotschaft übermittelt, die mit großem Interesse aufgenommen wurde. Die Schauspielerin Chris Lohner las eine Rede Mandelas und sprach auch darüber, was der südafrikanische Freiheitskämpfer für sie persönlich bedeutete.

Im Umkreis des Nelson Mandela-Tages wurde einer aktualisierte Version unserer Mandela-Fotoausstellung in der VHS Donaustadt gezeigt und gab es mehrere Veran-

➔ Fortsetzung auf Seite 28



Mach dich stark!
Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.

**Berufshaftpflichtversicherung
 Rechtsschutz
 und vieles
 mehr gibt's
 nur als
 Mitglied.**



MIT SICHERHEIT STARK.
GPZ djp
 GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
 DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

Impressionen vom Wiener Nelson Mandela-Tag 2018



von Richard Pobaschnig

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Congo Stars



Universalmuseum
Joanneum

Kunsthaus
Graz

22.09.2018 —
27.01.2019

Lendkai 1, 8020 Graz
Di-So 10-17 Uhr
www.kunsthause Graz.at

Monsengo Shula, *Roi satellite*, 2012, © westudio.fr